

Newsletter 3/2021

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen sowie über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren.

Frieden

Im Oktober 2020 wurde eine [Volksinitiative gegen Rüstungsexporte](#) aus dem Hamburger Hafen gestartet, die auch von Attac Hamburg unterstützt wird. In den nächsten sechs Monaten müssen mindestens 10.000 gültige Unterschriften gesammelt werden.

Aus dem [Flyer](#)

Warum die Volksinitiative?

Internationalität, Frieden und Völkerverständigung sind Werte, die Hamburg als Konsequenz aus Faschismus und zwei Weltkriegen in die Verfassung aufgenommen hat. In Hamburg leben Menschen aus nahezu 200 Ländern. Über den Hafen gehen Waren aus allen Teilen der Welt ein und aus. Doch werden hier nicht nur zivile Güter verschifft, sondern auch Waffen, Munition und Kriegsgerät. In und um Hamburg beteiligen sich über 90 Unternehmen an der Rüstungsproduktion. Über den Hamburger Hafen gehen pro Jahr 1000 Container mit der tödlichen Fracht – das sind 3 Container pro Tag!

Transportiert werden Bomben, Panzer, Kleinwaffen und Munition, Kernbrennstoffe, Torpedoaufzüge für U-Boote sowie Kriegsschiffe und Ersatzteile. Sie gehen u.a. nach Mexiko, Brasilien oder Kolumbien – in Länder, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Auch Saudi-Arabien und die Türkei erhalten aus Hamburg Rüstungsgüter, mit denen sie u.a. in Syrien, im Jemen, bzw. gegen die Kurd*innen Krieg führen. Wir wollen, dass der Handel allein friedlichen Zielen dient. Deshalb starten wir eine Volksinitiative, um Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen zu stoppen.

Wer sind wir?

Die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte besteht aus einem Bündnis von verschiedenen Friedensorganisationen, gewerkschaftlich und hochschulpolitisch Aktiven, von Gruppen aus sozialer und Klimabewegung,

Menschen aus kirchlichen Zusammenhängen sowie Künstlerinnen und Künstler. Wir freuen uns über weitere Mitstreiter*innen!

Zum Start der Unterschriftensammlung findet am Samstag, den 20. März 2021 von 14 bis 18 Uhr eine [Veranstaltung](#) auf dem Rathausmarkt Hamburg statt.

Gesundheit

Wie im Newsletter 1/2021 berichtet wurde, hat die AG Gesundheit von Attac Hamburg einige Fragen zum Thema Impfstoffe gegen Covid-19 zusammengestellt und per Brief an die Hamburger Gesundheitssenatorin Melanie Leonhard geschickt. Der Brief ist auf der Website von Attac Hamburg veröffentlicht worden: [Impfstoffe gegen Covid-19: Aufklärung erwünscht](#). Da eine Antwort der Senatorin bis Mitte Januar 2021 ausblieb, wurde in einem weiteren Schreiben vom 23. Januar 2021 erneut um Beantwortung der aufgeworfenen Fragen beziehungsweise um eine Begründung gebeten, weshalb der Senatorin die Beantwortung dieser Fragen nicht möglich ist. Für eine entsprechende Stellungnahme wurde eine Frist bis zum 9. Februar 2021 gesetzt. Eine Antwort auf die Fragen der AG Gesundheit ist Frau Dr. Leonhard bis zum heutigen Tage schuldig geblieben.

Ein nahezu wortgleicher Fragenkatalog zu den Impfstoffen wurde außerdem gerichtet an:

- Herrn Prof. Dr. Klaus Cichutek, Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts
- Frau Claudia Loss, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und gesundheitspolitische Sprecherin SPD-Bürgerschaftsfraktion
- Herrn Andrej Hunko, Mitglied des Bundestags für die Partei Die Linke

Von der für die Qualität, die Wirksamkeit und die Sicherheit von Impfstoffen in Deutschland verantwortlichen staatlichen Überwachungsinstanz Paul-Ehrlich-Institut erhielt die AG Gesundheit auch trotz Nachfrage mit Fristsetzung keine Antwort.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Frau Loss, ließ erst auf Nachfrage durch ihren persönlicher Referenten erklären, dass sie sich im Hinblick auf die „teilweise sehr speziellen und auf einzelne Impfstoffe oder auf Bundesebene zielenden Fragen“ nicht als Adressatin sehe. Frau Loss wurde außerdem darauf hingewiesen, dass das Infektionsschutzgesetz (IfSG) eine Impfpflicht durch die Hintertür enthält. Wer nämlich in Quarantäne gehen muss, erhält für diese Zeit dann keine staatliche Lohnfortzahlung, wenn er sich nicht hat impfen lassen, obwohl ihm ein staatliches Angebot gemacht wurde (§ 56 Absatz 1 IfSG). Sie hatte einen Text als „qualitätsgeprüft“ empfohlen, der die Behauptung aufstellt, dass es keine Impfpflicht gebe: [Fragen und Antworten zu Corona-Schutzimpfungen in Hamburg](#). Darauf ging Frau Loss ebenfalls nicht ein und ließ antworten: „Auch hier sieht Frau Loss sich nicht als Adressatin.“ Also versichert sie uns, dass man als Hamburger Abgeordnete nicht hinschauen muss, sondern Texte verteilen darf, in denen nachweislich gelogen wird.

Ausführliche Antworten auf die konkreten Fragen kamen lediglich von Andrej Hunko. Sie werden in Kürze auf der Website von Attac Hamburg veröffentlicht.

Die AG Gesundheit lädt zu einer zweiten Onlineveranstaltung in der Reihe „Mut zu Zwischentönen“ ein.

Donnerstag, 11. März 2021

**Patient Gesundheitssystem - gibt Corona ihm den Rest?
Corona und die aktuelle Gesundheitspolitik - Offenlegung
struktureller Defizite - und nun?**

Unsere Gäste werden auf folgende Fragen eingehen:

- Bringt Corona nunmehr zu Tage, was schon lange zusammenzuberechnen drohte?
- Wie ist eine finanziell und personell gute Versorgung unseres Gesundheitssystems zu schaffen?
- Wieso können medizinische Versorgungszentren Renditeobjekte sein oder durch Privatisierung dazu gemacht werden?
- Was ist verkehrt an den Fallpauschalen?
- Aus welchen Gründen wird die - im Coronajahr fortgeführte - Schließung von Krankenhäusern abgelehnt?
- Wie kann das Abdriften zu einer Zweiklassenmedizin gestoppt und rückgängig gemacht werden?
- „Vor Covid sind nicht alle gleich“ und „Wer arm ist, stirbt früher“: Haben nicht alle Menschen das gleiche Recht? Warum nicht?

Moderation

Nora Steen, Leiterin des Christian Jensen Kollegs in Breklum

Diskutant*innen

Carl Waßmuth, Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.

Manuel Humburg, Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e. V. - Aktion Krankenhaus Groß-Sand bleibt

Kirsten Rautenstrauch, Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhau

Vertreter der Medien

Jens Berger, NachDenkSeiten

Veranstalter ist Attac Hamburg, AG Gesundheit

Mitveranstalter sind

Bündnis Klinikrettung

Christian Jensen Kolleg

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.

Gemeinwohl-Ökonomie

Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Evangelisch-Lutherische Kirche in
Norddeutschland
NachDenkSeiten/IQM e.V.
UmweltHaus am Schüberg
XING-Regionalgruppe Hamburg
XING-Themengruppe Debatte, Dialog, Diskurs
XING-Themengruppe Kabarett

Hinweis: Die Veranstalter betonen ausdrücklich, dass sie eine kritische Debatte über die genannten Fragen für dringend notwendig halten. Dies muss jedoch in einer rein sachbezogenen Form durch die demokratischen Kräfte erfolgen. Von rechtsextremen oder rechts offenen Positionen und Institutionen grenzen sich die Veranstalter ausdrücklich ab.

Beginn: 19 Uhr

Zugang: [HTTPS://ZOOM.US/J/94471117252?pwd=RDl4L0psN0cwY05TcW5Vcm53MVIxZDZ09](https://zoom.us/j/94471117252?pwd=RDl4L0psN0cwY05TcW5Vcm53MVIxZDZ09)

Sozialpolitik

Appell: Corona trifft Arme extra hart - Soforthilfen jetzt!

Am 20. und 23. Februar 2021 haben Mitglieder von Attac Hamburg und der Aktionsgruppe gegen Hartz IV und prekäre Arbeit in Altona öffentlich für den Appell geworben. Weitere Aktionen werden folgen. Bitte die Ankündigungen auf der Website von [Attac Hamburg](#) beachten.

[„Soforthilfen jetzt!“: Bündnis-Appell unterzeichnen](#)

[Kundgebungsflyer](#)

Samstag, 13. März 2021

Ihre Krise - Nicht auf unserem Rücken!

Kundgebung

Aufruf

Die Initiative für ein Anti-Krisen-Bündnis in Hamburg hat bereits am 30.1.2021 eine Kundgebung durchgeführt, auf der auf Ursachen und Auswirkungen der gegenwärtigen Krise aufmerksam gemacht worden ist. Wir rufen nun zu einer weiteren Kundgebung auf, um den besonderen Belastungen durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie für Frauen* Ausdruck zu geben und die Forderungen zum internationalen Frauenkampftag zu unterstützen.

Wir befinden uns erst am Beginn einer schweren internationalen Wirtschaftskrise. Die Auswirkungen sind schon jetzt für Millionen zu spüren. Besonders stark betroffen sind Frauen*, die im Beruflichen wie im Privaten einen Großteil der Krisenlasten zu tragen haben.

Schon zu normalen Zeiten erfahren Frauen* Diskriminierung und Benachteiligung, was sich z.B. materiell besonders darin äußert, dass sie immer noch schlechter bezahlt werden als Männer. Und nach wie vor wird ein Großteil der (unbezahlten) Care-Arbeit zu Hause von Frauen* getragen. In der Corona- Krise wird diese Last durch Schul- und Kitaschließungen, Home-Office bei gleichzeitiger Kinderbetreuung, Pflegearbeit von Familienangehörigen u.a. zusätzlich erhöht.

Stark zurück geworfen in häusliche Isolation nimmt auch die Gewalt gegenüber Frauen* und Kindern zu, bei gleichzeitiger Reduzierung der eh schon immer ungenügenden Hilfsangebote. Die Regierung kommt ihrem Auftrag zum Schutz von Frauen* und Kindern gegen Gewalt völlig ungenügend nach. Stattdessen werden die großen Unternehmen mit immer neuen Hilfspaketen unterstützt, um deren Profite nicht zu gefährden.

Darüber hinaus arbeiten Frauen* nach wie vor überproportional oft in schlecht bezahlten Berufen und sind deshalb besonders von Kurzarbeit und Entlassungen getroffen. Auf der anderen Seite stehen Frauen* im Gesundheitswesen, in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, aber auch in Supermärkten und Logistikzentren an vorderster Front, um unter schwierigen Bedingungen in der Corona-Krise den Laden am Laufen zu halten. Diese Berufsgruppen sind schon lange gesellschaftlich vernachlässigt und brauchen anstelle von Klatschen und einer einmaligen Bonus-Zahlung endlich bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und eine bessere Personalausstattung.

Wir unterstützen deshalb die Aktionen und Forderungen der Organisationen zum internationalen Frauenkampftag und wollen uns mit der Kundgebung an den Mobilisierungen für Frauenkämpfe beteiligen.

Ihre Krise – Nicht auf unserem Rücken!

[Weiterlesen](#)

Ort: Hansaplatz, 20099 Hamburg

Zeit: 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 17. März 2021

Kündigung von Anja C.: Protestkundgebung vor der Klinik Fleetinsel

Zu der Protestkundgebung ruft das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus auf, zu dem auch Attac Hamburg gehört. Anlass ist der Versuch des Klinikbetreibers ATOS, der Betriebsrätin Anja C. zu kündigen. Dies ist innerhalb kurzer Zeit das zweite Mal, dass ein Hamburger Krankenhausunternehmen gegen eine Interessenvertretung des Personals vorgeht.

Die Kündigung von Romana Knezevic durch Asklepios (siehe Newsletter 1/2021) wurde mit der Verbreitung angeblicher „Falschinformationen“ begründet. Sie hatte öffentlich über Missstände im Krankenhaus St. Georg gesprochen hatte. Anja C. wird Arbeitszeitbetrug vorgeworfen. Sie sei ihrer Betriebsratstätigkeit außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit nachgegangen und habe dabei außerdem zu viele Stunden abgerechnet. In einer [Pressemitteilung](#) von ver.di Hamburg heißt es dazu: „Es handelt sich jedoch vor allem um Betriebsratstätigkeiten, die zum Teil in Anwesenheit von Arbeitgebervertretern stattgefunden haben.“ Auch wenn der Vorwurf als absurd bezeichnet werden muss, liegt die Vermutung nahe, dass es darum geht, Betriebsräte einzuschüchtern und unliebsame Betriebsratsmitglieder loszuwerden.

[Solidaritätserklärung von ver.di Hamburg](#)

Ort: Klinik Fleetinsel, Admiralitätstraße 3-4, 20459 Hamburg

Beginn: 14 Uhr

Für den **19. März 2021**, an dem die Kündigung vor dem Arbeitsgericht Hamburg verhandelt wird, ist eine **Solidaritätsaktion** geplant, die gegen 10 Uhr beginnen soll. Bitte die Ankündigungen auf der Website von [Attac Hamburg](#) beachten.

Flucht und Migration

Holt mindestens 1000 Flüchtende von den EU-Grenzen nach Hamburg!

Von der AG Flucht im Bündnis Solidarische Stadt Hamburg, zu dem auch Attac Hamburg gehört, wurde eine [Petition an den Hamburger Senat](#) gestartet, mit der die sofortige Aufnahme von mindestens 1000 Schutzsuchenden gefordert wird.

Sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren,

wir fordern Sie auf, unverzüglich wahrhaft solidarische Maßnahmen zu ergreifen, um flüchtende Menschen aus ihrem Elend an den Außengrenzen Europas zu befreien. Beschließen Sie endlich als einen ersten Schritt ein humanitäres Landesprogramm zur sofortigen Aufnahme von mindestens 1000 Schutzsuchenden.

Warum ist das wichtig?

In ihrer Unmenschlichkeit gleichen sich die Bilder und Zustände an den Außengrenzen Europas: Elendslager auf Griechenlands Inseln, Gräuel in libyschen Internierungslagern, Behinderung und Kriminalisierung von Seenotrettung, brutale Pushbacks durch Frontex, sowie kroatische und griechische Grenzbeamte. Und jetzt: In Bosnien hungernde, obdachlose Flüchtende, im Freien bei strengem Frost mit Badelatschen im Schnee umherirrend.

Gegenseitig übertreffen sich regierende Politiker*innen allerorten in Europa mit Appellen, die unsägliche Not der Flüchtenden sei unverzüglich zu beenden. Tatsächlich aber ist selbst der Bruch des geltenden Flüchtlingsrechts für die meisten von ihnen längst zu einer allgemein akzeptierten Norm geworden.

[...]

Es war die Behörde von Innensenator Andy Grote, die noch im März 2020 mitteilte, Hamburg könnte „innerhalb kurzer Zeit 3.000 Unterkunftsplätze für Geflüchtete einrichten“. Hamburg hat also Platz für Tausende Zuflucht Suchender. Ihre Aufnahme wäre ein Sieg der Menschlichkeit über Gleichgültigkeit, Gnadenlosigkeit und Unbarmherzigkeit. Den Worten würden endlich Taten folgen.

Attac Hamburg unterstützt die Petition und ruft zur Unterzeichnung auf.

Gemeinnützigkeit

Verfassungsbeschwerde eingereicht

Entzug der Gemeinnützigkeit verletzt Grundrechte von Attac

Attac hat [Verfassungsbeschwerde](#) gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit eingereicht. Wir sehen uns in unseren Grundrechten verletzt, insbesondere in der Vereinigungsfreiheit (Artikel 9 des Grundgesetzes) in Verbindung mit der Meinungsfreiheit (Artikel 5) sowie dem Gleichheitssatz (Artikel 3) und dem Demokratieprinzip (Artikel 20). Unseres Erachtens hat der Bundesfinanzhof (BFH) in seinen beiden Urteilen zur Gemeinnützigkeit von Attac die Abgabenordnung verfassungswidrig ausgelegt.

„Der Bundesfinanzhof verkennt die Bedeutung der Vereinigungsfreiheit in Verbindung mit dem allgemeinen Gleichheitssatz und dem Demokratieprinzip für den demokratischen Prozess. Dies führt zu einer nicht mehr verfassungskonformen Auslegung der Abgabenordnung, die mit einer Ungleichbehandlung des Klägers verbunden ist“, heißt es in der Klagebegründung.

Nicht nur politischen Parteien, sondern auch zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt im Prozess der Willensbildung die Funktion von „Transmissionsriemen“ zu, die auf Fehlentwicklungen hinweisen und damit zur demokratischen Legitimität und Stabilität der demokratischen Ordnung beitragen, argumentieren wir in der Klageschrift. „In Vereinen kann aktiv am demokratischen Geschehen teilgenommen werden. Meinungen können geäußert, gebildet und ausgetauscht werden. Die Meinungsbildung in der Zivilgesellschaft ist für die staatliche Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft unabdingbare Voraussetzung und benötigt Vereinigungen, die den Willensbildungsprozess organisieren und strukturieren.“

[Weiterlesen](#)

Energiecharta-Vertrag stoppen!

Handelsabkommen wie TTIP und CETA mit ihren speziellen Investitionsschutzklauseln sind seit dem Start der Kampagne zu ihrer Verhinderung Mitte des letzten Jahrzehnts verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt worden. Weniger bekannt dürfte der Energiecharta-Vertrag sein, der ebenso schädliche Folgen für Mensch und Umwelt hat und ähnliche Klagerechte für Konzerne vorsieht wie die Handelsabkommen. Attac Deutschland und andere Organisationen haben eine EU-weite Petition für den Ausstieg aus dem Vertrag gestartet.

Aus der Website von Attac Deutschland

Petition: Energiecharta-Vertrag stoppen!

Keine Sonderklagerechte für Konzerne

Attac unterstützt in einem Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen die [EU-weite Petition "Energiecharta-Vertrag stoppen - Energiewende retten!"](#). Mit ihrer Unterschrift fordern die Unterstützer*innen die EU-Kommission, das Europaparlament und die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, aus dem Energiecharta-Vertrag auszusteigen und seine Ausweitung auf andere Länder aufzugeben.

Der [ECT \(Energy Charter-Treaty\)](#) ist ein Handels- und Investitionsvertrag speziell für den Energiesektor, der nach Ende des Kalten Krieges 1998 in Kraft getreten ist. Er schützt alle Investitionen im Energiesektor, einschließlich Kohlebergwerke, Ölfelder und Gaspipelines. Für Investoren enthält er als scharfes Instrument einseitige Klagerechte: Sieht sich ein ausländischer Konzern durch einen Vertragsstaat in seinem Recht auf "faire und gerechte Behandlung" oder in seinem "Recht auf Eigentum" verletzt, kann er den Staat vor einem privaten Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagen.

[Weiterlesen](#)

Attac Hamburg ruft zur Unterzeichnung der Petition auf.

Weitere Informationen

- ▶ [PowerShift](#)
- ▶ [Netzwerk Gerechter Welthandel](#)

Mitmachen bei Attac Hamburg

Die Treffen von Attac Hamburg können auch im März 2021 meist nicht stattfinden, aber wir organisieren einzelne Aktionen. Einige Gruppentreffen finden in Form einer Videokonferenz unter Verwendung des Systems BigBlueButton statt. Wer an Aktionen oder Konferenzen teilnehmen möchte, melde sich bitte unter hamburg@attac.de.

+++++

Veranstaltungen anderer Organisationen

Filmseminar gegen Austerität der Gruppe International solidarisch - Schluss mit Austerität

Mittwoch, 10. März 2021

Wer den Wind sät

Spielfilm, Regie: S. Kramer, USA 1960, 123 Minuten, deutsch

Einladung

Man muss gar nicht religiös sein, um an Vorsehung, unbeherrschbares Schicksal und höhere Mächte zu glauben – wie man an den aktuell in Dauerschleife verbreiteten, zur Beherrschung einer Virus-Pandemie kaum zweckmäßigen, allgemeinen Verzichtspredigten sehen kann. So wird der gesellschaftliche Mensch des 21. Jahrhunderts kontrafaktisch auf ein primitives, hilflos ausgeliefertes Naturwesen zu reduziert.

„Habe den Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ – mit dieser Losung der Aufklärung untrennbar verbunden, folgte die Hervorbringung der modernen Naturwissenschaften genau dem gegenteiligen Impetus: mittels der Erkenntnis der natürlichen Entwicklungsgesetze sollte das Gattungswesen Mensch Herr über sein Schicksal werden können, indem es sich in die Lage versetzt, seine natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen bewusst, souverän, gemeinschaftlich, befreit von Mangel und somit menschengemäß zu gestalten.

Dergleichen revolutionäres Gedankengut fand seine schärfsten Feinde stets in den Verteidigern der bestehenden Herrschaftsordnung, die angesichts noch immer herrschenden Mangels, Unrechts und sozialer Ungleichheit noch nie anders zu rechtfertigen war, als mit ihrer Unabänderlichkeit, einem stets in die Zukunft verlagerten Heilsversprechen und den daraus abgeleiteten

Appellen an das Vertrauen in die Obrigkeiten – zur Not bei strikter Bestrafung der Ungehörigen.

Kein Wunder also, dass der US-amerikanische Antifaschist Stanley Kramer („Das Urteil von Nürnberg“) den sogenannten „Affenprozess“ von 1925 künstlerisch in einem Film verarbeitet, der sich 1960 gegen die sozial-repressive, anti-aufklärerische, von Kommunistenhatz, Denunziantentum und Verfolgung kritischer Künstler und Intellektueller geprägten ideologischen Ordnung der McCarthy-Ära richtet.

In einer streng konservativ-religiös dominierten Kleinstadt in Tennessee wurde damals einem Lehrer der Prozess gemacht, der es gewagt hatte, gegen das Gesetz seinen Schülern die Darwinsche Evolutionstheorie nahezubringen, nach der der Mensch sich aus dem Affen entwickelt habe, statt von Gott geschaffen zu sein.

[Weiterlesen](#)

Mittwoch, 24. März 2021

Die Hexen von Salem

Spielfilm, Regie: R. Rouleau, F/DDR 1957, 145 Minuten, deutsch

[Informationen zum Film](#) werden in Kürze zur Verfügung stehen.

Ort: Abaton Kino, Allende-Platz 3, 20146 Hamburg

Zeit: 18 bis 22 Uhr

Anmeldung per Mail an kontakt@schluss-mit-austeritaet.de

Freitag, 12. März 2021

Gates-Stiftung, WHO und Gönnerium im globalen Gesundheitsbereich

Fakten und linke Kritik an Philantropie statt Verschwörungsmythen

Onlineveranstaltung mit Andreas Wulf, Arzt und Referent für globale Gesundheitspolitik von Medico international

Einladung

Zehntausende Teilnehmende gehen zu Demonstrationen, auf denen die Gefahren des neuartigen Corona-Virus geleugnet bzw. verharmlost werden. Verschwörungsmythen aller Schattierungen werden dort verbreitet. Oftmals wird dabei auf die „Gates-Stiftung“ – mit vollem Namen „*Bill and Melinda Gates Foundation*“ (BMGF) – und ihren Einfluss in der globalen Gesundheitspolitik verwiesen. Die Stiftung wolle in erster Linie Angst machen

vor dem Corona-Virus und damit ein weltweites Zwangsimpfungsprogramm installieren, so die populäre Verschwörungserzählung, die dann noch mit der jeweils eigenen (rechten) Agenda angereichert wird.

Wie jeder erfolgreiche Verschwörungsmythos setzt auch dieser an einer ernstzunehmenden Kritik an, um sie dann in eine wahnhafte Verschwörung zu verzerren. Ja, es gibt diese Stiftung und ja, sie hat erheblichen Einfluss auf die globale Gesundheitsforschung und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Als private Einrichtung bestimmt sie damit mit, wie und welche Krankheiten weltweit bekämpft werden. Nachdem die USA unter Präsident Trump aus der WHO ausschieden, konnte die Gates-Stiftung zum maßgeblichen Finanzier der Weltgesundheitsorganisation aufsteigen. Sie gibt erheblich mehr Geld als die meisten einzelnen Mitgliedsstaaten der WHO. Es stellt sich zu Recht die Frage nach ihrem Einfluss auf gesundheitspolitische Entscheidungen und nach der Unabhängigkeit der WHO, deren Finanzierungslage seit Jahren mehr als prekär ist. Vor dem Ausbruch des Corona-Pandemie interessierte dieses allerdings nur eine Fachöffentlichkeit in Deutschland.

Weiterlesen

Anmeldung bis 11. März 2021, 15 Uhr erbeten per E-Mail an anmeldung@rls-hamburg.de. Die Zugangsdaten werden am Tag der Veranstaltung an alle Angemeldeten per E-Mail verschickt.

Zeit: 18 bis 19.30 Uhr

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg

Freitag, 19. März 2021 Globaler Klimastreik von Fridays for Future

Aufruf

HERE WE GO AGAIN - GLOBALER KLIMASTREIK AM 19.3.!

Es ist fünf Jahre her, dass das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde. Es ist drei Jahre her, dass der alarmierende Bericht des IPCC an die Öffentlichkeit gelangte. Es ist zwei Jahre her, dass Jugendliche auf der ganzen Welt auf die Straße gingen, um für ihre Zukunft zu streiken. Wir wünschten, wir könnten sagen, dass sich die Dinge seither verbessert haben, dass die Welt gerettet und alles in Ordnung sei – aber das wäre eine Lüge. Die Krise nimmt katastrophale Ausmaße an und bringt uns immer näher zum Point of no Return. Die Untätigkeit der Regierungen und Machthabenden schürt die Flammen der verheerenden Untätigkeit von Minute zu Minute.

Die Regierenden liefern weiterhin nur vage und leere Versprechungen – doch was wir brauchen, sind keine bedeutungslosen Zielvorhaben oder scheinheilige Netto-Null-Versprechen voller Schlupflöcher, sondern konkrete und sofortige Maßnahmen im Einklang mit der Wissenschaft. Unser CO₂-Budget geht zur Neige und damit auch all unsere Aussichten auf die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziel. Die Klimakrise ist bereits Realität und wird immer gravierender. Wenn wir also die fatalen Szenarien vermeiden wollen, müssen wir endlich kurzfristige, konkrete und konsequente Klimaziele beschließen.

[Weiterlesen](#)

Einzelheiten werden demnächst bekannt gegeben. Bitte die Ankündigungen auf der Website von [Attac Hamburg](#) beachten.

[Weitere Informationen](#)

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg – <https://attac.hamburg> – E-Mail: hamburg@attac.de

Hinweis: Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.